



# Geheimdienst nicht noch „aufhübschen“

**Bodo Ramelow: Thesenpapier zum Verfassungsschutz zieht die falschen Konsequenzen**

**Offenkundig geht die unselige Strategie der Aufklärungsverhinderung in Thüringen weiter, warnte Bodo Ramelow und betonte: „Es ist vollkommen unverständlich, warum das dem Thesenpapier des Innenministeriums zum Verfassungsschutz zugrunde liegende Gutachten dem Parlament und der Öffentlichkeit vorenthalten wird.“**

Bereits vor Wochen hatte der LINKE-Fraktionsvorsitzende die Vorlage des zweiten Gutachtens zum Thüringer Verfassungsschutz, des so genannten Schäfer-II-Gutachtens, gefordert. Aber das Parlament wurde auf eine in Aussicht gestellte Analyse vertröstet.

Die Linksfraktion hat mit einem Schreiben auf das Thesenpapier des Innenministeriums zur Neuordnung des Verfassungsschutzes in Thüringen reagiert. In der Stellungnahme unterstrich Bodo Ramelow im Namen seiner Fraktion, dass notwendige und grundlegende Konsequenzen nicht gezogen werden. Das Festhalten an einem Geheimdienst mit nachrichtendienstlichen Befugnissen sei mit den Grundprinzipien der Transparenz, der Offenheit und der Kooperation unvereinbar.

„Aus diesem Grund ist für die Fraktion DIE LINKE ihre seit Jahren vertretene Forderung nach ersatzloser Abschaffung des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz weiterhin aktuell. Dieser Dienst, der aus dem so genannten Kalten Krieg und der Zeit des Anti-Kommunismus der BRD-alt wur-

zelte, hat seit jeher der Demokratie und dem bürgerschaftlichen Engagement mehr geschadet als genutzt“, schrieb Bodo Ramelow in der Stellungnahme und verwies erneut auf den Gesetzentwurf der LINKEN zur Neuordnung der Aufgaben des Verfassungsschutzes in einem Demokratie- und Dokumentationszentrum.

**Es hat nicht an Wissen und Analyse gemangelt**

*Weitere Auszüge aus der Stellungnahme der Linksfraktion zum Thesenpapier des Innenministeriums zur Neuordnung des Verfassungsschutzes in Thüringen:*

„Als besonders ablehnenswert finden wir das Ansinnen, den nach innen, also gegen die EinwohnerInnen gerichteten Geheimdienst als ‚leistungsfähige Institution in der Mitte der Gesellschaft‘ zu positionieren. Es sollte sich gerade vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen in den neuen Bundesländern verbieten, einen Geheimdienst, der Telefone abhört, Spitzel anwirbt, Wohnungen überwacht und Menschen observiert, einen zivilgesellschaftlichen Anstrich zu verpassen.

Ebenso wird der Versuch zurückgewiesen, einen solchen Geheimdienst mit einem zivilgesellschaftlichen Beirat aufzuhübschen. Spitzelei und Überwachung stehen im krassen Widerspruch zu Zivilgesellschaft und gesamtgesellschaftlichen Engagement zum Schutz vor politischen und sozialen Grund-

rechten.“ Und mit Verweis auf die im Thesenpapier beschriebene Notwendigkeit, für die Politik „Wissen“ und „Analyse“ zur Verfügung zu stellen, heißt es im Schreiben des Fraktionsvorsitzenden:

„Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es nicht an Wissen und Analyse gefehlt hat, sehr wohl aber an der Ernsthaftigkeit der Politik, das bei JournalistInnen, antifaschistischen und bürgerrechtlichen Initiativen als auch bei wissenschaftlichen Institutionen breit vorhandene Wissen und die erarbeiteten Befunde zur Kenntnis zu nehmen. Insofern ist zwar richtig, dass Polizei und Justiz kein Frühwarnsystem darstellen, daraus aber ein Fehlen eines Frühwarnsystems bei Abschaffung des Geheimdienstes abzuleiten, negiert vollkommen gesellschaftliche Realitäten.

Auch im Bereich der Prävention und Bildung gibt es keinen qualitativen Mangel, wohl aber in Teilen einen strukturellen, der mit einer ausreichenden Finanzierung von Jugend- und Erwachsenenbildungsträgern sowie projektbezogen für Initiativen beseitigt werden kann. Eine Notwendigkeit für einen Geheimdienst lässt sich hieraus keinesfalls ableiten, vielmehr aber die der Evaluation des Thüringer Landesprogramms gegen Rechtsextremismus. (...) Unsere politische Zielstellung ist es, diesen Widerspruch zugunsten einer bürgerrechtlich verfassten Gesellschaft durch Abschaffung des Geheimdienstes aufzulösen.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

### „Auf der Höhe der Zeit“

*Der Landtag und seine Fachausschüsse sollten den gemeinsamen Sonderbericht des Thüringer und des Sächsischen Rechnungshofs zum geplanten Neubau einer Justizvollzugsanstalt der beiden Länder zeitnah und eingehend kritisch prüfen.*

*Es richtig ist, dass Rechnungshöfe öffentliche Großprojekte wie den Neubau von Justizvollzugsanstalten hinsichtlich der sinnvollen Verwendung öffentlicher Mittel kritisch unter die Lupe nehmen. Das kann auch für Planungs- und Entscheidungsprozesse sinnvoll sein. Ob die Kritik aber berechtigt und tragfähig ist, muss bezweifelt werden.*

*Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass der demographische Alterungsprozess der Bevölkerung keineswegs zur Abnahme von Straftaten führt und notwendige Kapazitäten im Justizvollzug bereitgestellt werden müssen.*

*Im Thüringer Demographiebericht aus dem Jahr 2006 wurde prognostiziert, dass es auch in Zukunft einen entsprechenden Bedarf an Haftplätzen geben wird. Diese Feststellungen sind bisher noch nicht durch eine neue Einschätzung revidiert worden.*

*Viel entscheidender wirken sich auf den Bedarf an Haftplätzen Veränderungen bzw. Verschlechterungen in der gesellschaftlichen und sozialen Situation sowie in der Gesetzgebung aus. Ein wichtiger Punkt ist hier, dass die Vorgaben für einen modernen Strafvollzug die Einzelunterbringung verlangen und damit von den Räumlichkeiten her auch mehr Plätze vorgehalten werden müssen als in den alten Anstalten Hohenleuben und Gera mit ihrer zum Teil sehr ausgeprägten Mehrfachbelegung von Haftträumen.*

*Hinzu kommt, dass für einen Strafvollzug „auf der Höhe der Zeit“ Thüringen deutlich mehr Haftplätze im Offenen Vollzug vorhalten muss als bisher. Ich finde es daher nicht sonderlich überzeugend, wenn die Rechnungshöfe auf das Ansteigen des Altersdurchschnitts der Bevölkerung verweisen.*

*Vielmehr stehen die Justizvollzugsanstalten in ganz Deutschland aktuell vor dem Problem, Haft- und Unterbringungsbedingungen auf älter werdende Gefangene anzupassen, so zum Beispiel hinsichtlich des barrierefreien Zugangs von Räumlichkeiten.* ■

## AKTUELL

# Fataler Umgang mit Schlössern

Beim Umgang mit denkmalgeschützten Immobilien in Thüringen sind massive Fehler passiert, für die das Land und insbesondere die Landesentwicklungsgesellschaft Verantwortung tragen.

„Es müssen jetzt wirksame praktische Konsequenzen folgen. Dazu gehören die konsequente und unverzügliche Durchführung von Ersatzmaßnahmen durch die öffentliche Hand oder auch die Zwangsenteignung, um Schäden und Verfall an denkmalgeschützten Liegenschaften zu verhindern. In Zukunft müssen die Seriositäts- und Bonitätsüberprüfungen der potentiellen Erwerber wirkungsvoller durchgeführt werden“, forderte MdL Mike Huster angesichts der Diskussionen um

Fehlverhalten des Landes im Umgang mit den Schlössern Hummelshain und Reinhardsbrunn. Gerade auch im Fall Hummelshain zeigten sich die Mängel bei der Überprüfung der Seriosität und Bonität der Erwerber, denn eine genauere Überprüfung vor Kaufvertragsabschluss hätte sehr wohl eine zutreffende Analyse der Situation ermöglicht. „Es ist zudem völlig unverständlich, warum das Land Ansprüche zur Absicherung seiner Position und des zukünftigen pfleglichen Umgangs mit der Immobilie, wie z.B. einen Rückübertragungsanspruch bei Nichterfüllung des Kaufpreises bis zu einem bestimmten Stichtag, nicht geltend gemacht hat“, monierte der LINKE Abgeordnete. Mit Blick auf den Zustand des Schlosses sei nicht nur dem Denkmal-

schutz in Thüringen ein Bärenienst erwiesen worden, sondern es entstand auch finanzieller Schaden. Der Abgeordnete hatte jetzt auch in der Plenarsitzung das Schloss Hummelshain erneut thematisiert. „Die Landesregierung unterstreicht immer wieder, dass Thüringens Potentiale als Land der Kultur mit langer und reicher Geschichte bewahrt und gefördert werden müssen, dann muss aber in der Praxis mit solchen denkmalgeschützten Liegenschaften verantwortungsvoller umgegangen werden. Undurchsichtige Investitionen, die in Wirklichkeit kein Zukunftskonzept für die denkmalgeschützten Immobilien haben und am Erhalt offenbar nicht wirklich interessiert sind, dürfen keine Chance mehr haben“, so der LINKE Finanzexperte. ■